Ökonomie des Sozialismus

Bericht über das Seminar "Ökonomie des Sozialismus" in Kooperation mit der Marx-Engels-Stiftung am 12. Dezember 2015

Der vorherrschenden Meinung, der zufolge uns die Geschichte gelehrt hat, dass Sozialismus sowieso nicht funktioniert, sollte etwas entgegen gesetzt werden. So wurde in der Ankündigung des Seminars auf „die Dringlichkeit von Erkenntnisgewinnen über eine künftige Produktionsweise, die in ihrer Konkretheit über die allgemein gehaltenen Bestimmungen, etwa in Parteiprogrammen von kommunistischen Parteien, hinausgehen“, hingewiesen. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse, der Raum im MEZ war über den letzten Sitzplatz hinaus gefüllt.[1]

Den Auftakt machte Holger Wendt (Bochum) mit seinem Beitrag „Sozialismus klassisch – Nachkapitalistische Gesellschaften bei Marx & Co. “ Er skizzierte die Geschichte utopischer Ideen vor Marx und kennzeichnete diese als oft scharfe Gegenwartsanalysen. Marx wollte über die bürgerliche Gesellschaft hinaus denken, sei aber mitnichten ein Utopist gewesen, was der Referent an Problemen wie den objektiven Bedingungen, dem subjektiven Faktor und den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte belegte. Dem wissenschaftlichen Kommunismus folgend sei der „Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ (MEW 3/35) Wendt thematisierte die zentralen hegelschen Begriffe „der Aufhebung“ und der „bestimmten Negation“, um auf die Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion einzugehen. Die Kategorien Arbeit, Arbeitsquanten und Arbeitszeit „blieben im Sozialismus zentrale ökonomische Kategorien.“ Er betonte, dass die Aufgabe für SozialistInnen sei, den Sozialismus als Negation der Warenproduktion zu sehen.

Thomas Kuczynski (Berlin) referierte zum DDR-Ökonomen „Fritz Behrens und seiner Kritik des Neuen Ökonomischen Systems“. Nachdem er kurz die vier wichtigsten Lebensetappen skizziert hatte, wandte er sich der dritten Phase zu (1957-1968), in der sich Behrens vordergründig mit der Messung der Arbeitsproduktivität auseinandersetzte, aber immer noch an die Veränderbarkeit des ökonomischen Systems glaubte. Behrens habe die Auffassung vertreten, dass der Plan in einer sozialistischen Ökonomie elastisch sein und die Staatsführung ein Minimum an administrativen Zwang ermöglichen müsse. Er stellte die Bedeutung der Leitung der sozialistischen Ökonomie gegenüber ihrer Planung heraus. Nach Behrens ist „die Verstaatlichung der Produktionsmittel ein Dekret (Lenin/sozialistische Revolution), aber deren Vergesellschaftung die Aufgabe einer ganzen Periode.“ Eine Reduzierung der Administration in der DDR sei nie erfolgt, etwa in der Form einer „Arbeiterselbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten auf der Grundlage delegierten Gruppeneigentums“, wie es Fritz Behrens vorschwebte.[2]

Im Anschluss nahm sich Georg Fülberth (Marburg) der „Eigentumsfrage“ an. Er verwies auf den doppelten Sinn dieser „Grundfrage der kommunistischen Bewegung“: Die Aufhebung des

bürgerlichen Privateigentums als Ziel der kommunistischen Bewegung und die Analyse desselben und seiner Geschichte. Behandelt wurde die Eigentumsfrage in der Geschichte des Marxismus und der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Ende der Industriellen Revolution,[3] abschließend aus heutiger sozialistischer Perspektive. Dabei attestierte Fülberth Marx und Engels, dass ihre Überlegungen zum künftigen nicht-bürgerlichen Eigentum nur vergleichsweise schwach entwickelt waren. Den Historischen Materialismus in seiner Analyse der Geschichte des bürgerlichen Privateigentums hingegen stellte er als Stärke der beiden heraus. Für eine die Eigentumsfrage aufgreifende Linke stellte er dem „kommunistischen Konzept von der kooperativen Produktions-Assoziation“ die sog. Mischwirtschaft als „sozialdemokratische Eigentums-Utopie“ zur Seite.

Zum Schluss wandte sich Helmut Dunkhase (Berlin) der „Bedeutung der Arbeitszeitrechnung für einen künftigen Sozialismus“ zu. Ausgehend von Planungsproblemen im „alten“ Sozialismus stütze er sich auf die Input-Output-Rechnung des russischen Nobelpreisträgers Wassili Leontjew, deren späte und zögerliche Nutzung er als „eine der Tragödien der Sowjetunion“ benannte. Zwei Meilensteine in den 1980er Jahren brachten Bewegung in die Debatten „über die Validität der Marxschen Arbeitswerttheorie“. Die beiden israelischen Mathematiker Farjoun/Machover fassten in „Laws of Chaos“ Preise, Werte und Profitraten als Zufallsgrößen auf und sahen im Zusammenhang von Preisen und Arbeitswerten ein statistisches Problem. Gleichzeitig ermöglichte die entwickelte Rechentechnik die entstehenden riesigen Datenmengen zu verarbeiten und so die Arbeitswerttheorie empirisch zu überprüfen. So zeigte sich, dass es tatsächlich zu einem Austausch der Waren zu ihren Arbeitswerten komme. Auf dieser Basis ließe sich – in Verbindung mit der Computertechnologie – das große Problem lösen, „wie man in der kommunistischen Produktionsweise die Produkte in rationale Verhältnisse setzen“ könne.

Die Diskussionen drehten sich viel um die realen Produktionsverhältnisse im Sozialismus, wobei die ehemalige DDR oft die Bezugsgröße bildete. Hier wurden Arbeitskraft und Güter als Ware, die Funktion des Geldes im Vergleich zum Kapitalismus und die Staatliche Plankommission der DDR debattiert. In der Eigentumsfrage wurde sich u.a. darüber verständigt, warum den Kapitalisten eine Identifikation des Arbeiters mit seiner Fabrik ohne Eigentum gelingt, es hingegen im Sozialismus nicht klappte, obwohl Eigentum vorhanden war. Inwiefern verhält sich delegiertes Gruppeneigentum als Einzeleigentum? Was unterscheidet den Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus als „Kampfmaschine“ (Fülberth)?

Wünschenswert wäre eine weitere Veranstaltung zur Vertiefung vieler angerissener Probleme und Fragen. Hier könnte unter anderem eine Aufarbeitung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien in den Fokus rücken.

Patrick Ölkrug

[1] Siehe auch den Seminarbericht in der „jungen Welt“: http://mez-berlin.de/publikationen-reader/items/eigentumsfrage-stellen.html.

[2] Als unbestreitbaren Nachteil Behrens‘ im Blick auf Jugoslawien stellte Kuczynski heraus: Ihm war es nicht möglich, die wirklichen Verhältnisse zu betrachten, er musste sich allein auf Publikationen stützen.

[3] Den zeitlichen Ansatzpunkt begründete er damit, dass „erst nach dem Ende der industriellen Revolution das wissenschaftliche Nachdenken über Einschränkung oder gar Ende des bürgerlichen Privateigentums einsetzt“.

aus: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 103, März 2016